

## BK 2/2019

**Beschlüsse der Bundeskommission 2/2019  
vom 4. Juli 2019 in Frankfurt a. M.**

### **A § 8a AT AVR Kostenübernahme bei erweitertem Führungszeugnis**

I. Im Allgemeinen Teil der AVR wird ein neuer § 8a eingefügt:

**„§ 8a Einholung eines erweiterten Führungszeugnisses während des Dienstverhältnisses**

Soweit die Einholung eines erweiterten Führungszeugnisses gesetzlich vorgeschrieben und vom Dienstgeber angeordnet ist, werden die dafür entstehenden Kosten im laufenden Dienstverhältnis vom Dienstgeber getragen.“

II. Inkrafttreten

Die Regelung tritt zum 1. Juli 2019 in Kraft.

**B Anlage 7 zu den AVR Antrag zu Änderungen in der Anlage 7 B II zu den AVR und Einfügen eines neuen Abschnittes G zur Anlage 7 zu den AVR**

- I. In Anlage 7 B II zu den AVR wird ein neuer § 1a eingefügt:

**„§ 1a**

**Monatliche Zulage**

Der Schüler erhält zusätzlich zur Ausbildungshilfe eine monatliche Zulage in Höhe von 11,11 Euro.“

- II. Es wird folgender neuer Abschnitt G in die Anlage 7 zu den AVR eingefügt

**„G Schüler in praxisintegrierten Ausbildungsgängen zum Erzieher und in betrieblich-schulischen Gesundheitsberufen**

**§ 1**

**Geltungsbereich**

Diese Ordnung gilt für

- a) Schüler, die in praxisintegrierten Ausbildungsgängen zum Erzieher nach landesrechtlichen Regelungen ausgebildet werden  
sowie
- b) Schüler in den Gesundheitsberufen Diätassistent, Ergotherapeut, Logopäde, Medizinisch-technischer Laboratoriumsassistent, Medizinisch-technischer Radiologieassistent, Medizinisch-technischer Assistent für Funktionsdiagnostik, Orthopdist oder Physiotherapeut, \*)

deren praktische Ausbildung bei einer Einrichtung im Geltungsbereich der AVR (§ 2 Abs. 1 AT zu den AVR) erfolgt, die entweder vom selben Träger wie die die theoretische Ausbildung erbringende Schule getragen ist oder die eine Kooperationsvereinbarung mit dieser Schule getroffen hat.

**§ 2**

**Ausbildungsvertrag**

<sup>1</sup>Die Einrichtung als Träger der praktischen Ausbildung schließt mit dem Auszubildenden zu Beginn der Ausbildung einen schriftlichen Ausbildungsvertrag. <sup>2</sup>Die Einrichtung kann die Schule im Sinne des § 1 zum Abschluss des Ausbildungsvertrages bevollmächtigen. <sup>3</sup>Der Ausbildungsvertrag bedarf der Zustimmung durch die Schule. <sup>4</sup>Zum Ausbildungsvertrag wird von der Einrichtung der mit der Schule abgestimmte Ausbildungsplan nachgewiesen.

### **§ 3 Ausbildungsvergütung**

<sup>1</sup>Schüler nach § 1 lit a) erhalten eine Ausbildungshilfe nach § 1 Abs. (a) des Abschnittes B II der Anlage 7 zu den AVR. <sup>2</sup>Schüler nach § 1 lit b) erhalten eine monatliche Ausbildungshilfe in Höhe von

	ab 1. Januar 2019	ab 1. März 2019
im ersten Ausbildungsjahr	965,24 Euro	1.015,24 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	1.025,30 Euro	1.075,30 Euro
im dritten Ausbildungsjahr	1.122,03 Euro	1.172,03 Euro

### **§ 3a Monatliche Zulage**

Schüler nach § 1 lit a) und b) erhalten zusätzlich zur Ausbildungshilfe eine monatliche Zulage in Höhe von 11,11 Euro.

### **§ 4 Anzuwendende Regelungen**

Im Übrigen finden die Regelungen des Abschnittes B II der Anlage 7 zu den AVR entsprechende Anwendung mit Ausnahme von § 1a.

### **§ 5 Inkrafttreten und Geltung**

(1) <sup>1</sup>Diese Regelung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. <sup>2</sup>Für Schüler nach § 1 lit a) gilt sie nur für solche Ausbildungsverhältnisse, die ab dem 1. Januar 2019 begonnen wurden.

(2) <sup>1</sup>Diese Regelung ist befristet und tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft. <sup>2</sup>Für bis dahin begonnene Ausbildungsverhältnisse gilt sie bis zu deren Ende fort, jedoch nicht länger als drei Jahre nach Beginn der Ausbildung bei der Schule.

<b>*)Ausbildungsberufe gemäß § 1 lit b)</b>		
	<b>Ausbildung</b>	<b>Gesetzliche Vorschriften in der jeweils aktuellen Fassung</b>
1.	Orthoptisten	Orthoptistengesetz vom 28. November 1989 (BGBl. I S. 2061) Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Orthoptistinnen und Orthoptisten vom 21. März 1990 (BGBl. I S. 563)
2.	Logopäden	Gesetz über den Beruf des Logopäden vom 7. Mai 1980 (BGBl. I S. 529) Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Logopäden vom 1. Oktober 1980 (BGBl. I S. 1892)
3.	a) Medizinisch-technische Laboratoriumsassistenten b) Medizinisch-technische Radiologieassistenten c) Medizinisch-technische Assistenten für Funktionsdiagnostik	MTA-Gesetz vom 2. August 1993 (BGBl. I S. 1402) Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für technische Assistenten in der Medizin vom 25. April 1994 (BGBl. I S. 922)
4.	Ergotherapeuten	Ergotherapeutengesetz vom 25. Mai 1976 (BGBl. I S. 1246) Ergotherapeuten-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vom 2. August 1999 (BGBl. I S. 1731)
5.	Physiotherapeuten	Masseur- und Physiotherapeutengesetz vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1084) Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Physiotherapeuten vom 6. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3786)
6.	Diätassistenten	Diätassistentengesetz vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 446) Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Diätassistentinnen und Diätassistenten vom 1. August 1994 (BGBl. I S. 2088),

**III.** Befristung der mittleren Werte

Die in Ziffer I. unter § 1a und in Ziffer II. unter §§ 3 und 3a dieses Beschlusses festgelegten Werte zur Ausbildungshilfe und zur monatlichen Zulage sind mittlere Werte. Sie sind bis zum 31.12.2020 befristet.

**IV.** Inkrafttreten

Die Änderungen treten zum 1. Januar 2019 in Kraft.

**C Anlage 8 zu den AVR Einfügung einer VersO C der Anlage 8 zu den AVR**

Teil 1: Versorgungsordnung C

I. Einfügung einer VersO C der Anlage 8 zu den AVR

In Anlage 8 wird folgende VersO C eingefügt:

**„Versorgungsordnung C (VersO C)**

<sup>1</sup>Die „Ständige Arbeitsrechtliche Kommission“ hat am 15. Oktober 1965 die Versorgungsordnung B für die Mitarbeiter im Geltungsbereich der AVR beschlossen und mit Wirkung vom 1. April 1966 in Kraft gesetzt. <sup>2</sup>Diese bezweckt eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Mitarbeiter durch Entrichtung von Versicherungsbeiträgen. <sup>3</sup>Die Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission hat mit der nachstehenden Versorgungsordnung C die Versorgungsordnung B mit Wirkung vom 1. Juli 2019 für ab dem 1. Januar 2019 erfolgende neue Zusagen zur Zusatzversorgung angepasst.

**§ 1 Geltungsbereich**

(1) Der Versicherungspflicht unterliegt vom Beginn des Dienst- und Ausbildungsverhältnisses an der Mitarbeiter bzw. der gemäß Anlage 7 zu den AVR zu seiner Ausbildung Beschäftigte,

- a) der das 15. Lebensjahr vollendet hat und
- b) auf dessen Dienst- bzw. Ausbildungsverhältnis die AVR Anwendung finden (§ 2 AT).

(2) <sup>1</sup>Ausgenommen von der Versicherungspflicht ist ein Mitarbeiter oder zu seiner Ausbildung Beschäftigter,

- a) der aus der gesetzlichen Rentenversicherung Altersruhegeld oder Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit erhält,
- b) der für nicht mehr als sechs Monate eingestellt wird und wegen dieser Befristung eine Wartezeit oder Aufschubzeit des Versicherungsvertrages nach § 2 nicht erfüllen kann oder
- c) der nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern ist.

<sup>2</sup>Erfolgt im Falle des Satzes 1 Buchst. b) eine Weiterbeschäftigung nach Ablauf der ursprünglichen Beschäftigung, besteht ab dem Weiterbeschäftigungsbeginn eine Versicherungspflicht mit einer Beitragspflicht auch für den Zeitraum der ursprünglich vorgesehenen Beschäftigung.

## **§ 2 Versicherung**

(1) <sup>1</sup>Die Zusatzversorgung erfolgt durch den Abschluss eines Versicherungsvertrages durch den Dienstgeber nach Maßgabe einer zwischen dem Versicherungsunternehmen (Versicherer) und dem Deutschen Caritasverband e.V. mit Zustimmung der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission abgeschlossenen Rahmenvereinbarung. <sup>2</sup>Die Auswahl des Versicherers zu einer solchen Rahmenvereinbarung erfolgt durch die Arbeitsrechtliche Kommission unter Beteiligung des Deutschen Caritasverbandes e.V.

(2) <sup>1</sup>Die Rahmenvereinbarung kann nach Bestimmung durch die Arbeitsrechtliche Kommission einen oder mehrere Angebotsverträge enthalten. <sup>2</sup>Mindestens ein Angebotsvertrag muss zu einer beitragsorientierten Leistungszusage (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG) führen. <sup>3</sup>Soweit mehr als ein Angebotsvertrag enthalten ist, können in der Rahmenvereinbarung der oder die weiteren Angebotsverträge auf die Nutzung für die Sicherstellung zusätzlicher Anwartschaften durch Entgeltumwandlung nach § 4 Abs. 3 beschränkt oder Altersgrenzen zur Bestimmung des für den Mitarbeiter geltenden Angebotsvertrages vorgesehen werden. <sup>4</sup>Erfolgt keine solche Bestimmung, erfolgt die Auswahl durch den Mitarbeiter zu Beginn des versicherungspflichtigen Dienst- bzw. Ausbildungsverhältnisses.

## **§ 3 Anmeldung und Abmeldung**

(1) <sup>1</sup>Der Dienstgeber meldet den Mitarbeiter mit Beginn des versicherungspflichtigen Dienst- bzw. Ausbildungsverhältnisses bei dem Versicherer an und teilt dem Mitarbeiter dieses in geeigneter Weise mit. <sup>2</sup>Das Versicherungsverhältnis wird vom Dienstgeber nach seinem Zustandekommen dem Mitarbeiter in geeigneter Weise in Textform unverzüglich, spätestens mit der darauf folgenden Entgeltabrechnung, nachgewiesen. <sup>3</sup>Der Dienstgeber wird Versicherungsnehmer, der Mitarbeiter Versicherter.

(2) <sup>1</sup>Der Dienstgeber meldet den Mitarbeiter mit Ende des versicherungspflichtigen Dienst- bzw. Ausbildungsverhältnisses bei dem Versicherer ab. <sup>2</sup>Die vollzogene Abmeldung wird dem Versicherten durch den Dienstgeber unverzüglich in geeigneter Weise in Textform nachgewiesen; gleichzeitig wird der Versicherte unter Angabe der erreichten Rentenanwartschaft davon in Kenntnis gesetzt, welche Möglichkeiten zur Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses bestehen.

## **§ 4 Beiträge**

(1) <sup>1</sup>Die Beiträge zur Zusatzversicherung (Pflichtversicherung) trägt der Dienstgeber. <sup>2</sup>Beitragspflicht besteht für den Zeitraum, für den dem Mitarbeiter ein Anspruch auf Dienstbezüge nach den AVR oder auf Sozialbezüge nach Anlage 1 zu den AVR zusteht.

(2) <sup>1</sup>Der Beitrag der Zusatzversicherung ist vom versicherungspflichtigen Beschäftigungsentgelt mit einem Beitragssatz von 7,5 % zu berechnen. <sup>2</sup>Als versicherungspflichtiges Beschäftigungsentgelt ist zu berücksichtigen:

- a) Dienstbezüge nach Abschnitt II der Anlage 1,
- b) tarifliche monatliche Zulagen für besondere Tätigkeiten (z. B. Wechselschicht- und Schichtzulage, Heim- und Werkstattzulage, Pflegezulage),
- c) Vergütung für Bereitschafts- und Rufbereitschaftsdienste sowie Zuschläge für Überstunden.

(3) Dem Mitarbeiter steht es frei, eine zusätzliche Anwartschaft durch eine Entgeltumwandlung (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 BetrAVG) in einem weiteren Versicherungsvertrag sicherzustellen.

(4) <sup>1</sup>Der Dienstgeber erbringt die Beiträge an den Versicherer monatlich nach Maßgabe des sich aus der jeweiligen monatlichen Entgeltabrechnung ergebenden versicherungspflichtigen Beschäftigungsentgelts. <sup>2</sup>Unregelmäßig oder einmalig anfallende Entgeltbestandteile werden auch bei einem zwischenzeitlich erfolgenden Jahreswechsel in dem Kalendermonat berücksichtigt, in dem sie endgültig in der Entgeltabrechnung berechnet werden. <sup>3</sup>Soweit sich durch steuer- und sozialversicherungsrechtlich zulässige Rückrechnung eine Änderung des kalenderjährlichen versicherungspflichtigen Beschäftigungsentgelts ergibt, wird die sich daraus ergebende Änderung des Beitrags bei der Beitragshöhe des Kalenderjahres berücksichtigt, in dem die Rückrechnung erfolgt.

(5) <sup>1</sup>Die Steuer- und Sozialversicherungspflicht für die Beiträge richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften. <sup>2</sup>Der Dienstgeber trägt eine auf die Beiträge entfallende pauschalierte Lohnsteuer, solange die rechtliche Möglichkeit der Pauschalierung gegeben ist.

### **§ 5 Beitragsfreie Zeiten**

(1) Beitragspflicht besteht nicht für Zeiten, für die der Mitarbeiter keinen Anspruch auf Dienstbezüge nach den AVR oder auf Sozialbezüge nach Anlage 1 zu den AVR hat.

(2) <sup>1</sup>Sofern die Versicherungsbedingungen des Versicherungsvertrages dies zulassen, kann der Mitarbeiter in den Zeiten, in denen nach Absatz 1 keine Beitragspflicht besteht, diesen mit eigenen Beiträgen fortführen. <sup>2</sup>Die hieraus entstehenden Anwartschaften und Ansprüche des Mitarbeiters sind keine solchen nach § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG, soweit die eigenen Beiträge nicht durch eine Entgeltumwandlung im Anschluss an diese Zeiten erbracht wurden.

(3) <sup>1</sup>Entfällt wegen Beendigung des Dienst- bzw. Ausbildungsverhältnisses die Beitragspflicht des Dienstgebers für ein bestehendes Versicherungsverhältnis, ohne dass der Versicherte von der Möglichkeit der Fortführung der Versicherung gemäß § 6 Gebrauch macht, wird das Versicherungsverhältnis beitragsfrei fortgesetzt. <sup>2</sup>In diesem Fall wird eine Anwartschaft nach Maßgabe des zum Zeitpunkt der Beitragsfreistellung vorhandenen Deckungskapitals berechnet. <sup>3</sup>Der Anspruch des Versicherten auf Teilnahme an künftigen Leistungserhöhungen aus der satzungsmäßigen Überschussverwendung bleibt von der Beitragsfreistellung unberührt.

### **§ 6 Fortführung durch den Versicherten**

<sup>1</sup>Entfällt die Beitragspflicht des Dienstgebers für eine bestehende Versicherung wegen des Endes des Dienstverhältnisses, so kann der Versicherte nach Maßgabe des Versicherungsvertrages die Versicherung als eigene Versicherung mit eigenen Beiträgen fortführen. <sup>2</sup>Diejenigen Anwartschaften, die nach dem Ausscheiden in einer so fortgeführten Versicherung entstehen, führen nicht zu einer betriebsrentenrechtlichen Verpflichtung des Dienstgebers, soweit sie nicht die aus den Pflichtbeiträgen entstehenden Überschussanteile betreffen. <sup>3</sup>Bei Fortführung als eigene Versicherung ist eine Kündigung der Versicherung oder deren mit dem Versicherer einvernehmliche Aufhebung ohne Zustimmung des Dienstgebers ausgeschlossen.



### **§ 7 Dienstgeberwechsel**

Scheidet ein bei dem Versicherer pflichtversicherter Mitarbeiter aus dem Dienst- bzw. Ausbildungsverhältnis aus und nimmt er eine Tätigkeit bei einem Dienstgeber auf, der ebenfalls die Pflichtversicherung bei diesem Versicherer nach der Versorgungsordnung C anwendet, so ist die begonnene Pflichtversicherung durch diesen Dienstgeber fortzusetzen, soweit die Versicherungsbedingungen dies zulassen.

### **§ 8 Weitere Regelungen**

(1) Die Bestimmungen dieser Versorgungsordnung finden im Gebiet der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen sowie in dem Teil des Landes Berlin, für den das Grundgesetz bis einschließlich 2. Oktober 1990 nicht galt, mit den folgenden Maßgaben Anwendung.

(2) Abweichend von § 4 Abs. 2 Satz 1 und ergänzend zu § 4 Abs. 1 Satz 1 wird der Beitragssatz nach § 4 Abs. 2 Satz 1 für Einrichtungen in dem in Absatz 1 genannten Gebiet mit 2,5 %, ab dem 1. April 2019 mit 4,5 % und ab dem 1. April 2020 mit 5,5% gerechnet.

(3) <sup>1</sup>In diesem Gebiet beteiligen sich die Mitarbeiter an diesen Beiträgen mit einem Eigenbeitrag im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG ab dem 1. April 2019 mit 1 % und ab dem 1. April 2020 mit 1,5 % des versicherungspflichtigen Beschäftigungsentgelts. <sup>2</sup>§ 1a Absätze 2 bis 5 der VersO A der Anlage 8 zu den AVR finden entsprechende Anwendung.

(4) <sup>1</sup>Der Dienstgeber führt die Beiträge als Schuldner nach § 4 Abs. 4 an die Versicherungsgab. <sup>2</sup>Dies umfasst auch die Eigenbeiträge der Beschäftigten. <sup>3</sup>Der Dienstgeber behält den Eigenbeitrag des Beschäftigten vom Arbeitsentgelt des Beschäftigten ein. <sup>4</sup>Die Beteiligung erfolgt für jeden Kalendermonat des Zeitraums der Beitragspflicht, für den der Beschäftigte einen Anspruch auf Bezüge (Entgelt, sonstige Zuwendungen, Krankenbezüge) oder einen Anspruch auf Krankengeldzuschuss hat, auch wenn dieser wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers nicht gezahlt wird.

(5) Der Anspruch des Beschäftigten nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 zweiter Halbsatz BetrAVG in Verbindung mit § 1a Abs. 3 BetrAVG, zu verlangen, dass die Voraussetzungen für eine Förderung nach den §§ 10a, 82 Abs. 2 EStG erfüllt werden, ist für die Pflichtversicherung ausgeschlossen, wenn die Versicherungsbedingungen der Versicherung diese Förderungsmöglichkeit nicht ausdrücklich vorsehen.

(6) <sup>1</sup>Der Eigenbeitrag nach Absatz 3 entfällt, wenn der Mitarbeiter für eine Entgeltumwandlung i.S.d. Beschlusses der Zentral-KODA vom 15. April 2002 in seiner jeweiligen Fassung ab dem 1. April 2019 von mindestens 1 %, ab dem 1. April 2020 von mindestens 1,5 % des versicherungspflichtigen Beschäftigungsentgelts im Kalenderjahr aufwendet. <sup>2</sup>In diesem Fall vermindert sich der dem vom Dienstgeber abzuführenden Beitrag zugrunde liegende Beitragssatz um den jeweils geltenden Beitragssatz des Eigenbeitrags des Mitarbeiters.

## **§ 9 Inkrafttreten und Übergangsregelung**

(1) Diese Regelung tritt am 1. Juli 2019 in Kraft.

(2) <sup>1</sup>Soweit bei Inkrafttreten dieser VersO C bestehende Dienstverhältnisse bereits am 1. Januar 2019 bestanden haben und für diese keine Zusatzversorgung bei der Pensionskasse der Caritas VVaG oder der Kölner Pensionskasse bewirkt wurde, entrichtet der Dienstgeber auch Beiträge für die Beschäftigungszeiten des Jahres 2019, die vor dem Versicherungsbeginn lagen. <sup>2</sup>Für im Laufe des Kalenderjahres 2019 begonnene, bei Inkrafttreten dieser VersO C noch bestehende Dienstverhältnisse gilt dies entsprechend für Beiträge ab dem Beginn des Dienstverhältnisses.

(3) Im Jahr 2019 reicht es aus, wenn die Anmeldung zu der Versicherung und die Beitragszahlung unter Beibehaltung des in dieser Ordnung vorgesehenen jeweiligen Beginns der Versicherung erst zum Ende des Kalenderjahres mit Wirkung für das Jahr 2019 erfolgt.

(4) <sup>1</sup>Die Verzinsung der nach Absatz 2 für vor Versicherungsbeginn entrichtete Beiträge und für nach Absatz 3 bis zum Ende des Kalenderjahres 2019 erbrachte Beiträge richtet sich nach den Bedingungen des Versicherungsvertrages. <sup>2</sup>Ein darüber hinausgehender Anspruch auf eine Verzinsung für den Zeitraum vor der Beitragszahlung besteht insoweit nicht.

(5) <sup>1</sup>VersO B findet weiterhin auf solche Mitarbeiter Anwendung, für die die Zusatzversorgung bei der Pensionskasse der Caritas VVaG oder der Kölner Pensionskasse VVaG bewirkt wird. <sup>2</sup>Dies gilt auch für solche Mitarbeiter, für die eine Maßnahme nach § 8 der VersO B Anwendung findet.

(6) <sup>1</sup>Der Dienstgeber kann bis zum 1. Januar 2021 die Versicherungsverträge der Mitarbeiter nach Abs. 5 per 1. Januar 2020 oder 1. Januar 2021 beitragsfrei stellen, soweit dies die Versicherungsbedingungen der in Abs. 5 genannten Pensionskassen zulassen. <sup>2</sup>Voraussetzung für die Anwendung des Satzes 1 ist, dass der Dienstgeber zum selben Termin in entsprechender Anwendung des § 3 Abs. 1 eine Anmeldung des Mitarbeiters vornimmt und der Mitarbeiter der Beitragsfreistellung zugestimmt hatte. <sup>3</sup>Auf die Beitragsfreistellung findet § 5 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

(7) <sup>1</sup>Soweit nach Abs. 5 die VersO B Anwendung findet, kann für die Durchführung der Entgeltumwandlung nach dem Beschluss der Zentral-KODA vom 15. April 2002 in der jeweils geltenden Fassung die Versicherung nach § 4 Abs. 3 genutzt werden, soweit der Versicherer dies in seinen Bedingungen zulässt. <sup>2</sup>In diesem Fall gilt ein sachlicher Grund im Sinne des Satzes 3 des Absatzes 1 des Beschlusses der Zentral-KODA als gegeben.“

## **II. Änderung des Grundsatzes der Versorgung in der Anlage 8**

Satz 3 des Grundsatzes wird neu gefasst:

„<sup>3</sup>Versorgungsordnung C ist anzuwenden, sofern der Dienstgeber nicht Beteiligter einer öffentlich-rechtlichen Zusatzversorgungseinrichtung ist; für Versicherungsverhältnisse die vor dem 31. Dezember 2018 begründet wurden, gilt die Versorgungsordnung B.“

### III. Änderung der Versorgungsordnung B der Anlage 8

§ 10 der VersO B wird wie folgt neu gefasst:

#### „§ 10 Geltung der Versorgungsordnung B

Abweichend von § 1 besteht eine Versicherungspflicht nur, wenn das Dienst- und Ausbildungsverhältnis des Mitarbeiters bzw. des gemäß Buchstabe A, B und E der Anlage 7 zu den AVR zu seiner Ausbildung Beschäftigten vor dem 20. September 2018 begonnen wurde und die Zusatzrentenversicherung des betreffenden Mitarbeiters bei der Pensionskasse der Caritas VVaG (§ 2) oder der Kölner Pensionskasse VVaG (§ 8a) vor dem 20. September 2018 wirksam abgeschlossen war.“

### IV. Inkrafttreten

Die Änderungen nach I., II. und III. treten zum 1. Juli 2019 in Kraft.

### Teil 2: Auswahl eines strategischen Partners

Die R+V-Gruppe bzw. eines ihr zugehöriges Unternehmen wird von der Bundeskommission als künftiger Versicherer nach der VersO C bestimmt. Der Deutsche Caritasverband e.V. wird aufgefordert, baldmöglichst eine Rahmenvereinbarung nach § 2 der VersO C mit der R+V-Gruppe bzw. eines deren Unternehmen zu treffen. Für diese erste Rahmenvereinbarung erfolgt die Beteiligung der Bundeskommission durch die beiden Leitungsausschüsse gemeinsam. Die Leitungsausschüsse werden ermächtigt, die in § 2 Abs. 1 der VersO C vorgesehene Zustimmung zu erteilen und die besonderen Bestimmungen der Angebotsverträge nach § 2 Abs. 2 der VersO C für diese baldmöglichste Rahmenvereinbarung vorzunehmen.

**D Anlage 21a zu den AVR Redaktionelle Anpassung**

I. § 4 Abs. 1 der Anlage 21a zu den AVR wird wie folgt geändert:

„(1) Die Entgeltgruppen 9b bis 15 umfassen sechs Stufen.“

II. Anhang A zur Anlage 21a zu den AVR wird wie folgt geändert:

In der Tabelle „Vergütungsgruppen für Lehrkräfte nach der Anlage 21a zu den AVR“ wird in der ersten Spalte der zweiten Zeile „E 9“ durch „E 9b“ ersetzt.

III. Inkrafttreten

Die Änderungen treten rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft.

**E Anlagen 31, 32 und 33 zu den AVR Höhergruppierung bei gleichzeitigem Stufen-  
aufstieg**

**I.** Es wird ein neuer Satz 2 in die §§ 14 Abs. 4 der Anlage 31 und 32 zu den AVR eingefügt:

„Fällt der Zeitpunkt der Stufensteigerung mit dem einer Höhergruppierung eines Mitarbeiters zusammen, so ist zunächst die Steigerung in der bisherigen Vergütungsgruppe vorzunehmen und danach die Höhergruppierung durchzuführen.“

Der bisherige Satz 2 wird zu Satz 3,  
der bisherige Satz 3 wird zu Satz 4,  
der bisherige Satz 4 wird zu Satz 5.

Im dann neuen Satz 5 wird das Wort „Satz 3“ durch das Wort „Satz 4“ ersetzt.

**II.** Es wird ein neuer Satz 2 in den § 13 Abs. 4 der Anlage 33 zu den AVR eingefügt:

„Fällt der Zeitpunkt der Stufensteigerung mit dem einer Höhergruppierung eines Mitarbeiters zusammen, so ist zunächst die Steigerung in der bisherigen Vergütungsgruppe vorzunehmen und danach die Höhergruppierung durchzuführen.“

Der bisherige Satz 2 wird zu Satz 3,  
der bisherige Satz 3 wird zu Satz 4,  
der bisherige Satz 4 wird zu Satz 5.

Im dann neuen Satz 5 wird das Wort „Satz 3“ durch das Wort „Satz 4“ ersetzt.

Der bisherige Satz 5 wird zu Satz 6,  
der bisherige Satz 6 wird zu Satz 7.

Im dann neuen Satz 7 wird das Wort „Satz 5“ durch das Wort „Satz 6“ ersetzt.

**III.** Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt zum 7. März 2019 in Kraft

Frankfurt a.M., den 4. Juli 2019

Heinz-Josef Kessmann  
Vorsitzender der Arbeitsrechtlichen Kommission

Regelungsziel und wesentlicher Inhalt

**A § 8a AT AVR: Kostenübernahme bei erweitertem Führungszeugnis**

Es ist gängige Praxis, dass die Kosten für die Einholung eines erweiterten Führungszeugnisses im laufenden Dienstverhältnis durch entsprechende Individualvereinbarungen vom Dienstgeber getragen werden. Der Umgang der Finanzverwaltung mit dieser Zahlung ist jedoch nicht einheitlich. Einige Finanzverwaltungen vertreten die Auffassung, dass die Kostenerstattung für das polizeiliche Führungszeugnis durch den Dienstgeber nicht als Auslagenersatz erfolgen kann, mit der Folge, dass es gem. § 3 Nr. 50 EStG steuerfrei wäre. Sie sehen in der Übernahme der Kosten durch den Dienstgeber vielmehr einen geldwerten Vorteil. Ist die Übernahme der Kosten jedoch tariflich geregelt, ist laut Urteil des BFH vom 28. März 2006 (Az: VI R 24/03) ein steuerfreier Auslagenersatz gegeben.

**B Anlage 7 zu den AVR: Antrag zu Änderungen in der Anlage 7 B II zu den AVR und Einfügen eines neuen Abschnittes G zur Anlage 7 zu den AVR**

Die betrieblich-schulischen Auszubildenden in kommunalen Krankenhäusern und Unikliniken erhalten seit dem 1. Januar 2019 eine Vergütung. Schüler in den Berufen Medizinisch-technische Assistent/innen, Physiotherapeut/innen, Diätassistent/innen, Orthoptist/innen, Logopäd/innen und Ergotherapeut/innen sowie Schüler in praxisintegrierten Ausbildungsgänge zum Erzieher nach landesrechtlichen Regelungen werden einbezogen. Mit dem Beschluss wird das Ergebnis des öffentlichen Dienstes zum TVAöD-Pflege größtenteils auf die AVR übertragen.

**C Anlage 8 zu den AVR: Einfügung einer VersO C der Anlage 8 zu den AVR**

Die Bundeskommission hatte wegen des gegenüber der Pensionskasse der Caritas VVaG (PKC) und der Kölner Pensionskasse VVaG (KPK) ausgesprochenen aufsichtsrechtlichen Verbots von Neu- und Höherversicherungen die VersO B der Anlage 8 zu den AVR mit Beschluss vom 11. Oktober 2018 bezüglich der Versicherungspflicht neuer Mitarbeiter ausgesetzt. Gleichzeitig hat sie mit ihrem Ausschuss Altersversorgung die Neuausrichtung der VersO B mit einer strategischen Partnerwahl im Bereich der Versicherungswirtschaft verbunden.

Die Neufassung erfolgt als Einfügung einer aus der VersO B entwickelten VersO C. VersO B gilt für die bestehenden Versicherungsverhältnisse weiter, die neuen Pflichtversicherungen richten sich nach der VersO C.

Die hier vorgelegte neue Versorgungsordnung C geht von dem Vorhandensein einer Rahmenvereinbarung mit einem Unternehmen der Versicherungswirtschaft aus. Der Dienstgeber schließt bei Neueinstellungen entsprechend dieser Rahmenvereinbarung einen Versicherungsvertrag mit dem Versicherungsunternehmen ab. Anders als in der für die bei der PKC (und in geringer Zahl bei der KPK) weiter bestehenden Versicherungsverhältnisse wird damit der betriebsrentenrechtliche Durchführungsweg einer Direktversicherung anstatt des bisherigen Wegs einer Pensionskassenzusage genutzt.

Die Neufassung sieht im Weiteren erforderliche Anpassungen gegenüber der bisherigen Fassung vor. Diese sind weitestgehend der geänderten betriebsrentenrechtlichen Rechtslage sowie

der Tatsache geschuldet, dass anders als bei der PKC der Partner künftig nicht bereits in der Ordnung, sondern erst durch die Rahmenvereinbarung bestimmt ist.

Die bis zum Aussetzen der bisherigen Fassung begründeten Versicherungsverhältnisse mit der PKC und KPK bestehen, wenn auch durch die Sanierungsbeschlüsse dieser beiden Kassen mit geänderten Leistungen, weiter fort. Insbesondere sind auch die Beiträge für diese Versicherten weiter zu erbringen. Deshalb wird in der Übergangsregelung wie auch in dem Grundsatz der Anlage 8 und der VersO B selbst das Verhältnis der VersO C zur bisherigen VersO B unter Feststellung ihrer Weitergeltung für diese versicherten Beschäftigten ausdrücklich festgelegt. Hier wird aber, soweit dies nach den jeweiligen Versicherungsbedingungen zulässig ist, zu zwei Terminen der Wechsel von dem bisherigen in das neue System ermöglicht. Da dies aber mit Blick auf die Leistungsbedingungen ggf. auch geringere Leistungen für die künftigen Beiträge bedeuten könnte, ist die Zustimmung des Mitarbeiters erforderlich. Von der Zustimmung nicht betroffen wären die bisherigen Anwartschaften, die bei der PKC bzw. KPK geführt werden. Die neue VersO C enthält keine Regelung, die die Übertragung der bisher erworbenen Anwartschaften von der PKC/KPK auf das neue System vorsieht.

Wegen der in 2019 erforderlichen Einrichtungen der Systeme bei dem Versicherer wie auch den Abrechnungsstellen sind für die Beitragszahlungen in 2019 zeitliche Spielräume eröffnet.

#### **D      Anlage 21a zu den AVR: Redaktionelle Anpassung**

Mit dem Beschluss wird der mit dem letzten Tarifabschluss zum TV-L beschlossenen Aufspaltung der Entgeltgruppe E 9 in eine Entgeltgruppe E 9a und E 9b Rechnung getragen. Die neu als Entgeltgruppe E 9b bezeichnete Entgeltgruppe entspricht dabei der alten Entgeltgruppe E 9. Inhaltlich wurden an der Abgrenzung der Entgeltgruppe keine Änderungen vorgenommen.

#### **E      Anlagen 31, 32 und 33 zu den AVR: Höhergruppierung bei gleichzeitigem Stufen- aufstieg**

Durch den Beschluss wird gewährleistet, dass auch im Bereich der Anlagen 31 bis 33 zu den AVR kein Verlust des Stufenaufstiegs eintritt, wenn der Zeitpunkt einer Stufensteigerung mit dem Zeitpunkt einer Höhergruppierung zusammenfällt.

#### Beschlusskompetenz

Die Regelungen gestalten Rechtsnormen über den Inhalt des Dienstverhältnisses nach § 1 Abs. 4 Satz 1 AK-Ordnung. Es handelt sich nicht um eine Festlegung der Höhe der Vergütungsbestandteile, des Umfangs der regelmäßigen Arbeitszeit und des Umfangs des Erholungsurlaubs i. S. d. § 13 Abs. 3 Satz 1 AK-Ordnung. Damit besteht die Kompetenz der Bundeskommission nach § 13 Abs. 1 Satz 1 AK-Ordnung zur Regelung.

\* \* \*